KOMMENTAR 17.11.2016 | Raoul Gebert

Oh, wie schön ist Kanada

Was Deutschland vom Einwanderungsland Kanada lernen kann (und was nicht).

Der von der SPD jüngst vorgelegte Entwurf eines Einwanderungsgesetzes orientiert sich nach Aussagen der Verfasser am kanadischen Punktesystem. Für viele ist Kanada das Vorbild schlechthin für eine geordnete Einwanderung, von der sowohl Einwanderer als auch Staat profitieren.

Der Gedanke ist nicht neu: Schon die sogenannte Süssmuth-Kommission des Jahres 2001 hatte empfohlen, Elemente des kanadischen Einwanderungssystems zu übernehmen. So sollte langfristig dem demographischen Negativtrend entgegengewirkt und Einwanderung qualitativ gesteuert werden. Für die mangelnde Umsetzung der Vorschläge hat die Patin der Kommission die Bundesregierung mehr als einmal gerügt.

Es ist an der Zeit, einen Mix aus australischem und kanadischem Modell zu entwerfen und das klassische deutsche Gastarbeitermodell zu Grabe zu tragen.

Tatsächlich ist es an der Zeit, einen Mix aus australischem und kanadischem Modell zu entwerfen und das klassische deutsche Gastarbeitermodell zu Grabe zu tragen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass sich im letzten Jahrzehnt gerade das kanadische Einwanderungsmodell selbst deutlich gewandelt hat.

Das klassische kanadische System zielt auf die langfristige Verwurzelung hochqualifizierter Bewerber mittels eines Punktesystems ab. Konkret hat es nun aber Elemente des australischen Modells integriert, durch die Bevorzugung von Einwanderern, die sich zwar ohne nennenswerte Qualifikationen, dafür aber mit Jobangebot bewerben.

Zusätzlich haben die kanadischen Konservativen den Übergang von der *permanent residence* in die Staatsbürgerschaft erschwert, die doppelte Staatsangehörigkeit zumindest in Frage gestellt und einen immer größeren Gastarbeiter-Anteil ins Land kommen lassen – das deutsche Modell also. Bis jetzt ist die neue liberale Regierung unter Justin Trudeau

nur beim Staatsbürgerschaftsrecht zurückgerudert, und auch dort nur teilweise.

Zugleich hatten die Konservativen das Kontingent für Asylsuchende geradezu halbiert, für mehrere osteuropäische Länder eine Visumspflicht eingeführt und ein Programm zur elektronischen Voranmeldung bei Ankunft auf dem Luftweg eingeführt. Damit wurde es auch für Deutsche schwieriger nach Kanada einzureisen. Bis heute hat die Regierung Trudeau keinerlei Anzeichen gemacht, diese Regelungen zurückzunehmen.

Ähnliches gilt für die medienwirksame Inszenierung in Bezug auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Die Zahlen für 2016 deuten eher auf eine unklare Zukunft, da eine Rückkehr zu früheren Ausmaßen vor allem auf privaten Spenden zu beruhen scheint. So wurden 37,5 Prozent der 32 000 Neuankömmlinge seit Regierungswechsel privat finanziert ins Land gebracht.

Alte Probleme gelöst, neue geschaffen

Mit der Abwandlung des klassischen kanadischen Punktesystems wollte der Gesetzgeber zwei Probleme lösen: Einerseits wollte man den (damals) kurzfristig enorm aufgeblasenen Bedarf nach relativ billigen Arbeitskräften für den überhitzen Ressourcensektor decken. Hier schien das bestehende Punktesystem zu langsam. Andererseits ging es darum, eine problematische Folge des Punktesystems anzugehen, nämlich die strukturelle und wachsende Überqualifizierung der ankommenden Einwanderer. Der kanadische Arbeitsmarkt kann hochqualifizierte Neuankömmlinge nämlich nur noch schleppend integrieren.

Die zehntausende Gastarbeiter, die in Landwirtschaft und Schwerindustrie zum Einsatz kommen, werden normalerweise direkt vom Arbeitgeber, von einheimischen oder ausländischen Firmen im Ausland angeworben und dann nach Kanada geschickt. Was als einfache Lösung für den Ressourcensektor gedacht war, hat relativ schnell zehntausende Gastarbeiter jährlich ins Land gebracht – vorbei am regulären Einwanderungsapparat.

Das Problem dabei ist, dass die Gastarbeiter oft nicht über die notwendige Ausbildung verfügen, keinerlei Anspruch auf Sozial-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung haben und teils die regulären Einwanderer verdrängt haben. Ein besonders medienwirksames Beispiel dafür war die altehrwürdige *Royal Bank of Canada*. Ihr gelang es mit Hilfe des Gastarbeiter-Programms, reguläre Stellen abzubauen und durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen.

Auf lange Sicht Gastarbeitern den Weg zur dauerhaften Eingliederung zu verbauen, birgt enorme Kosten und sozialen Sprengstoff.

Die Naivität des Gastarbeiter-Modells (oder ist es Vorsatz?) liegt natürlich darin, dass die Kosten der Berufsausbildung, unvorhergesehene Kranken- und Unfallkosten, der Wunsch nach Familienzusammenführung oder die Erziehung der in Kanada geborenen Kinder allesamt von den anwerbenden Arbeitgebern auf die Allgemeinheit abgewälzt werden oder, noch schlimmer, auf die Gastarbeiter selbst. Auf lange Sicht Gastarbeitern den Weg zur dauerhaften Eingliederung (zunächst durch eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, dann durch die Einbürgerung) zu verbauen, birgt enorme Kosten und sozialen Sprengstoff – hier hätte Kanada von Deutschland lernen können. Soziale Brennpunkte mit wenig integrierten Gastarbeitergruppen wie Duisburg-Marxloh, Hamburg-Steilshoop oder Berlin-Neukölln gibt es in Kanada (noch) kaum. Eine Generation später könnte sich das ändern, wenn ein Gastarbeiter-Modell Fuß fasst.

Um dem Problem der Überqualifizierung Herr zu werden, wurde analog zum australischen Modell der Vorrang eines festen Arbeitsangebots eingeführt. Neben dem Punktesystem wurde also ein fast track eingerichtet, mit dem ein gewisses Kontingent an Einwanderern auch ohne die notwendige Punktzahl eine unbefristete Arbeitsgenehmigung erhalten konnte. Im Prinzip sind nun also Einwanderer mit konkreten Jobangeboten vom herkömmlichen Punktesystem befreit. Je nach Bedarf, können dabei unterschiedliche Kontingente für die jeweiligen Gruppen gelten. Zudem gilt ein genereller Vorrang für Einwanderer mit Jobangebot, bevor das Punktesystem überhaupt greift.

Bei diesem australischen Model wird rasche Integration in den Arbeitsmarkt angestrebt und häufig auch erreicht. Dafür werden allerdings grundlegendere Gesichtspunkte einer langfristigen Verwurzelung, wie Ausbildung und Sprachkenntnisse, vernachlässigt. Auch bleibt die Frage der Familienzusammenführung und der angebotenen sozialen Rechte für solche Neuankömmlinge oft hinter dem klassischen kanadischen Modell zurück. Das Problem ist: Wenn solche „australische Einwanderung“ nicht durch ein striktes Kontingent begrenzt wird, dann besteht die Gefahr, dass reguläre Bewerber (durch Familienzusammenführung und Punktesystem) ewig warten müssen. Unter der konservativen Vorgängerregierung ist deren Bearbeitungsdauer dann auch auf deutlich über zwei Jahre gestiegen.

Lehren für Deutschland?

Die Einwanderungsländer Australien und Kanada haben durch jahrzehntelange Erfahrungen ein gemischtes System für die reguläre Einwanderung geschaffen. Es besteht aus Säulen: erstens die auf rasche Integration abzielende Privilegierung eines konkreten Jobangebots und zweitens die auf langfristige Verwurzelung abzielende Privilegierung von hochqualifizierten Neuankömmlingen mittels Punktesystem. Mit einem solchen gemischten System könnte man auch in Deutschland sowohl die kurzfristigen Schwankungen im Bedarf auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen als auch langfristige demografische Ziele verfolgen, ohne das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen. Die Flexibilität größerer und kleinerer Kontingente für die jeweiligen Einwanderungsklassen könnte dabei helfen, die Fluktuation von Migrationsströmen innerhalb der EU sowie bei der Ankunft von Asylbewerbern auszugleichen.

Die aktuell überwältigend positive Nettoimmigration, sowohl in Bezug auf EU-Migranten als auch in Bezug auf Flüchtlinge, sollte uns jedenfalls nicht davon abhalten, über ein dauerhaftes gemischtes System nachzudenken.



Raoul Gebert
Montreal

Raoul Gebert ist *Research Fellow* beim in Montreal ansässigen *Interuniversity Research Centre for Globalization and Work* (CRIMT) und seit über zehn Jahren bei den kanadischen Sozialdemokraten (NDP) auf zahlreichen Ebenen tätig.

7 LESERBRIEFE

Marcus Hallmoser schrieb am 18.11.2016

Eine tatsächliche Einwanderung nach Deutschland ist durch die Blue Card möglich, alles andere war und ist eben keine Einwanderung. Die Vergrösserung der EWG zur EG und schliesslich zur EU machte und macht in der dichtbesiedelten EU [ca. 116 Ew/km²] mit ihren ca. 500 Mio. Einwohnern eine tatsächliche Einwanderung überflüssig, da die Bürger der EU über die Freizügigkeit eben ohne Einwanderungsformalitäten in andere EU-Staaten gehen können. Die als Flächenstaat sehr dichtbesiedelte Bundesrepublik [ca. 228 Ew/km²] benötigt deshalb keine Einwanderung. Fachkräfte können zudem bereits jetzt problemlos über zwischenstaatliche Abkommen aus technisch-wissenschaftlich ebenbürtigen Ländern nach Deutschland kommen. Man sollte mal aufhören, Äpfel [CDN, AUS] mit Birnen [BRD] zu vergleichen.

Ernst Laub schrieb am 25.11.2016

Wie kann man überhaupt die BRD und Europa mit den

Einwanderungsländern Kanada und Australien vergleichen? Haben Sie zur "Einwanderungsfrage" schon einmal die Eingeborenen Australiens, Nordamerikas ..... und Europas (ganz ohne Dünkel!) konsultiert? Ich würde mich freuen, wenn die FES, die ich schon lange kenne, sich endlich wieder (?) an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung der BRD und Europas orientieren würde. Die naive, "inklusive" Masseneinwanderungspolitik „exklusiver“ Gutmenschen hat übrigens mit internationaler Solidarität nichts - dafür mit Globalisierung (und weltweiter Nivellierung nach unten) umso mehr - zu tun. Internationale Entwicklungs- und Friedenspolitik ist als einzige Alternative gefordert.

Peter Neiland schrieb am 26.11.2016

Laut UN benötigt Deutschland jedes Jahr mindestens 485.000 Einwanderer alleine nur um seinen Bevölkerungsstand zu halten (zu finden unter den Suchbegriffen Bestandserhaltungsmigration und UN). An diese Zahl hält sich die Bundeskanzlerin und steht somit völlig in Übereinstimmung mit der UN.
UN: "Die neuen Herausforderungen im Zusammenhang

mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung werden eine umfassende Neubewertung zahlreicher etablierter Politiken und Programme mit einer langfristigen Perspektive erfordern. Zu den kritischen Fragen, die angegangen werden müssen, gehören: .... insbesondere der Bestandserhaltungsmigration und der Eingliederung einer großen Zahl neuerer Einwanderer und ihrer Nachkommen."

Leser schrieb am 03.12.2016

Absolut Peter, das vergessen viele.

Ruediger schrieb am 04.12.2016

Kanada will 2017 300.000 Immigranten einlassen. Google "canada immigration 300000". Das wurde spätestens im Oktober bekannt. Interessant auch die Probleme auf dem Immobilienmarkt durch Einwanderung aus China. Ähnliche Erfahrungen macht man in Australien.

Harry schrieb am 07.12.2016

Kanada hat eine riesige Unterklasse die meistens Drittwelt Einwanderer sind. Wer glaubt, dass die Kanadier nur Fachkraefte und Menschen mit Ausbildung nehmen ist vollkommen falsch gewickelt. Lebe hier seit 50 Jahren und bin eine Arbeitgeber fuer die letzten 38 Jahre.

Günter schrieb am 07.12.2016

Wichtig für den Deutschen Leser. Canada kann und sollte man auf keinen Fall mit Deutschland vergleichen! Ich lebe seit 50 Jahren in Canada. In dieser Zeit kamen jedes Jahr zwischen 200 000 und 250 000 Eunwanderer ins Land. Temporäre Arbeitskräfte kamen schon immer zusätzlich. Maximaler erlaubter Aufenthalt für diese, 3 bis 6 Monate, meist zu Ernteeinsätzen! Diese Arbeiter haben keinerlei Chancen einzuwandern, da keine Qualifikation! Der Verfasser des Artikels sitzt in der Provinz Québec. Da ist alles anders. Quebec hat eine eigene Einwanderungsbehörde; die Hauptanforderung für Einwanderung ist die Beherrschung der französische Sprache, alles andere ist zweitrangig. Wenn ein Einwanderer von Quebec akzeptiert ist, ist das ok von den Bundesbehörden in Ottawa nur noch Formsache.